

Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.

55116 Mainz, Bauerngasse 7

Tel.: (06131) 28695-0

Fax: (06131) 28695-95

www.kgrp.de

RUNDSCHREIBEN

Lfd. Nummer 265/08

AZ 115

We/Si

Mainz, den 09.09.2008

Bundesweite Kampagne / Aktionsbündnis „Rettung der Krankenhäuser“ / „Der Deckel muss weg!“

- **Pressekonferenz am 09.09.2008**
- **Pressemitteilung mit Statements der Vertreter des Aktionsbündnisses in Rheinland-Pfalz**

Rundschreiben Nr. 242/08 vom 22.08.2008

Mit Bezugsrundschreiben hatten wir Sie über die für den 09.09.2008 in Mainz geplante **zentrale Pressekonferenz** des Aktionsbündnisses mit Vertretern der an der Kampagne teilnehmenden Organisationen informiert.

In dieser Pressekonferenz wurden die Hintergründe und Ziele der bundesweiten Kampagne erläutert und auf die an diesem Tag stattfindenden Aktionen in einzelnen Krankenhäusern hingewiesen.

Beigefügt übersenden wir Ihnen die Pressemitteilung zu dieser Pressekonferenz mit **Statements der Vertreter des Aktionsbündnisses in Rheinland-Pfalz** sowie die **Pressemitteilung der DKG vom 09.09.2008 zur „Mogelpackung“ in Höhe von 3 Mrd. Euro (Anlagen)**.

Das SWR Fernsehen hat einen Bericht für die Nachrichten-Sendung im dritten Programm um 19.45 Uhr („Rheinland-Pfalz aktuell“) angekündigt.

Anlagen



**Kommunaler Arbeitgeberverband
Rheinland-Pfalz e.V. - KAV -**



Rheinland-Pfalz



**dbb
tarifunion**

Mitteilung für die Presse

Mainz, 9. September 2008

„Beruhigungsspielle“ reicht nicht aus !

Aktionsbündnis fordert Aufhebung der Deckelung der Krankenhäuser

„Die Kliniken in Rheinland-Pfalz brauchen endlich eine nachhaltige und solide Finanzierung. Sonst werden sie künftig nicht mehr in der Lage sein, die ihnen anvertrauten Patienten zuverlässig und in bester Qualität versorgen zu können,“ so der Tenor der Vertreter des Aktionsbündnisses „Rettung der Krankenhäuser“ in Rheinland-Pfalz im Rahmen der heutigen Pressekonferenz in Mainz.

„Die politisch Verantwortlichen können es sich nicht leisten, die Unterfinanzierung der Krankenhäuser auf dem Rücken der Mitarbeiter und zu Lasten der Patienten und der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Gut versorgte Patienten brauchen zufriedenes und angemessen entlohntes Personal“, betonte **Dr. Birgit Kugel**, Diözesan-Caritasdirektorin und Vorsitzende der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.

„Nach mehr als 15 Jahren Budgetdeckelung sind die Rationalisierungsreserven im Krankenhaus erschöpft,“ ergänzte **Peter Asché**, Geschäftsführer der Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH und Mitglied des Gruppenausschusses für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen des KAV Rheinland-Pfalz. Angesichts der enormen Leistungsverdichtung und Arbeitsbelastung der Beschäftigten sei ein weiterer Personalabbau nicht mehr möglich und zumutbar. Dringend erforderlich seien außerdem zusätzliche Investitionsmittel.

„Der Deckel auf der Krankenhausfinanzierung muss weg, weil er den Kliniken wie eine riesige bleierne Grabplatte die Luft zum Atmen abdrückt“, so **Jürgen Dehnert**, Pressesprecher der Gewerkschaft ver.di, Landesbezirk Rheinland-Pfalz. Der Forderung einer vollen Refinanzierung der Personal- und Sachkostensteigerungen müsse unbedingt Nachdruck verliehen werden.

Auf den vom Bundesgesundheitsministerium vorgelegten Gesetzentwurf zur Krankenhausfinanzierung nahm auch **Ulrich Silberbach**, stellvertretender Vorsitzender der dbb tarifunion, Bezug. „Der Entwurf ist nicht zu Ende gedacht. Es fehlen konkrete Zahlen. Eine solche „Beruhigungspille“ ist abzulehnen,“ so Silberbach. Die angekündigten Mittel reichten nicht aus, um den Krankenhäusern „die rote Laterne im Gesundheitswesen“ abzunehmen. Er betonte ferner die Notwendigkeit motivierter Beschäftigter in den Krankenhäusern.

Norbert Finke, Verwaltungsdirektor des Klinikums der Johannes Gutenberg-Universität Mainz schilderte die Situation im Klinikum mit dem Fazit: „Eine Gefährdung der medizinischen Leistungsfähigkeit ist nicht hinnehmbar.“ Es sei dringend erforderlich, die Anbindung der Budgets an die Einnahmeentwicklung der Krankenkassen (sog. Grundlohnsummenrate) durch einen Index abzulösen, der sich an der Kostenentwicklung im Krankenhaus orientiert. Nur so könnten unabwiesbare Kostensteigerungen, wie etwa Personalkostensteigerungen oder Energiekostensteigerungen finanziert werden.

Gemeinsam sprachen sich die Vertreter des Aktionsbündnisses für eine möglichst **hohe Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern an der Großdemonstration am 25.09.2008 vor dem Brandenburger Tor in Berlin** aus. Den gemeinsamen Forderungen an die Politik müsse unbedingt Nachdruck verliehen werden:

- **Aufhebung der Budgetdeckelung,**
- **sofortige Abschaffung des Sanierungsbeitrags,**
- **Volle Refinanzierung der Tariferhöhungen für 2008 und 2009,**
- **Schaffung eines Ausgleichs für steigende Energie- und Sachkosten,**
- **Beseitigung des Investitionsstaus.**

Die schriftlichen Statements der Teilnehmer an der Pressekonferenz sind beigefügt (**Anlage**).

Dem **Aktionsbündnis** im Land Rheinland-Pfalz gehören an:

- die Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V. (KGRP)
- der Kommunale Arbeitgeberverband Rheinland Rheinland-Pfalz e.V. (KAV)
- der ver.di Landesbezirk Rheinland- Pfalz
- der dbb beamtenbund und tarifunion
- der Verband der Krankenhausdirektoren e.V. , Landesgruppe Rheinland-Pfalz und Saarland (VKD)

Für Rückfragen steht Ihnen die Geschäftsstelle der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V., Tel.: 06131/28695-0, E-mail: mail@kgrp.de, Homepage: www.kgrp.de, zur Verfügung.

Ansprechpartner: Andreas Wermter, Referent,

Tel.: 06131/28695-35 oder 0173/9532401; E-mail: a.wermter@kgrp.de



Rheinland-Pfalz

**Kommunaler Arbeitgeberverband
Rheinland-Pfalz e.V. - KAV -**



**dbb
tarifunion**

PRESSEKONFERENZ

des Aktionsbündnisses Rheinland-Pfalz

am 09.09.2008 in Mainz

zur Kampagne

„Rettung der Krankenhäuser“

„Der Deckel muss weg !“



**Kommunaler Arbeitgeberverband
Rheinland-Pfalz e.V. - KAV -**



Rheinland-Pfalz



**dbb
tarifunion**

Mitteilung für die Presse

Mainz, 8. September 2008

Aktionsbündnis fordert sachgerechte Vergütung der Krankenhausbehandlung - Angekündigte Aufstockung der Finanzmittel um 3 Mrd. Euro nicht ausreichend

Die dramatische finanzielle Lage in den deutschen Krankenhäusern spitzt sich zu. Durch die von der Politik zu verantwortenden Kürzungen und durch die gesetzlich verordneten Vergütungsbegrenzungen werden die Kliniken seit Jahren wirtschaftlich aufgezehrt.

Die Kliniken bundesweit fordern daher von Bundesregierung und Bundestag, die Vergütungen für das Jahr 2009 so zu erhöhen, dass die finanziellen Belastungen der Krankenhäuser in Höhe von insgesamt ca. 6,7 Mrd. aus gestiegenen Sach- und Personalkosten refinanziert werden können. Die am 05.09.2008 von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt angekündigte Aufstockung der Finanzmittel für die Krankenhäuser um 3 Mrd. Euro reichen hierzu bei weitem nicht aus.

Die Folgen der nachhaltigen Unterfinanzierung belasten auch die rheinland-pfälzischen Krankenhäusern. Allein die zusätzlichen Kostenbelastungen durch die Tarifrunde 2008/2009 und die massiven Preissteigerungen bei den Sachkosten (z. B. im Energiebereich, bei den Lebensmitteln sowie die Mehrwertsteuererhöhung) überrollen die rheinland-pfälzischen Krankenhäuser in den Jahren 2008 und 2009 mit einer **Kostenlawine in Höhe von insgesamt 200 Millionen Euro**. Dem stehen nur **Budgetzuwächse von ca. 51,5 Millionen Euro** gegenüber, so dass **landesweit eine Deckungslücke zwischen Betriebskosten und Erlösen aus dem Krankenhausbetrieb von 148,5 Millionen** entsteht. Da die gravierende Unterfinanzierung die Kliniken überall in Deutschland trifft, haben sich bundesweit Verbände der Krankenhausträger und die Organisationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einem **Aktionsbündnis „Rettung der Krankenhäuser“/„Der Deckel muss weg!“** zusammengefunden, um eine flächendeckende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der Menschen auch zukünftig sicherzustellen.

Dem Aktionsbündnis im Land Rheinland-Pfalz gehören an:

- die Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V. (KGRP)
- der Kommunale Arbeitgeberverband Rheinland Rheinland-Pfalz e.V. (KAV)
- der ver.di Landesbezirk Rheinland- Pfalz
- der dbb beamtenbund und tarifunion
- der Verband der Krankenhausdirektoren e.V. , Landesgruppe Rheinland-Pfalz und Saarland (VKD)

Zur Verdeutlichung seiner Forderung und zur Darstellung der Situation in den Kliniken hat das Aktionsbündnis zur einer **Pressekonferenz** am

**Dienstag, den 09.09.2008,11:00 Uhr,
in die Geschäftsstelle der KGRP,
Bauergasse 7, 55116 Mainz**

eingeladen.

Gesprächspartner werden sein:

Dr. Birgit Kugel, Diözesan-Caritasdirektorin und Vorsitzende der Krankenhaugesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.

Peter Asché, Geschäftsführer der Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH und Mitglied des Gruppenausschusses für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen des KAV Rheinland-Pfalz;

Jürgen Dehnert, Pressesprecher der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ulrich Silberbach, Stellvertretender Vorsitzender der dbb tarifunion

Norbert Finke, Verwaltungsdirektor des Klinikums der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Ludger Meier, Geschäftsführer der Caritas-Werk St. Martin gemeinnützige Träger- u. Betriebsführungsgesellschaft mbH, Mainz

Friedrich W. Mohr, Geschäftsführer der Krankenhaugesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.

Für Rückfragen steht Ihnen die Geschäftsstelle der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.,

Tel.: 06131/28695-0, E-mail: mail@kgrp.de, Homepage: www.kgrp.de, zur Verfügung.

Ansprechpartner:

Andreas Wermter, Referent,

Tel.: 06131/28695-35 oder 0173/9532401; E-mail: a.wermter@kgrp.de

Sollten Sie sich zur Pressekonferenz am 09.09.2008 noch anmelden bzw. Informationen anfordern wollen, bitten wir Sie um eine **Rückantwort per Fax** (06131/28695-95) oder **per E-Mail** unter b.simon@kgrp.de mit beiliegendem Fax-/E-Mailbogen.

Statement der KGRP für die Pressekonferenz am 09.09.2008
Sperrfrist: 09.09.2008; 11.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort !

Statement

von Frau Dr. Birgit Kugel,

Diözesan-Caritasdirektorin und Vorsitzende der
Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.

im Rahmen der gemeinsamen Pressekonferenz des
Aktionsbündnisses Rheinland-Pfalz zur Kampagne „Rettung der
Krankenhäuser“ / „ Der Deckel muss weg !“

Die Bedeutung der Krankenhäuser für Rheinland-Pfalz

Insgesamt 100 öffentliche, freigemeinnützige und private Krankenhäuser in
Rheinland-Pfalz versorgen jährlich alleine stationär ca. 850.000 Patienten.

Hinzu kommen ein qualifiziertes Angebot in Spezial- und Institutsambulanzen, beim
ambulanten Operieren und ein wesentlicher Beitrag zur ambulanten
Notfallversorgung.

Damit sind die Krankenhäuser eine wichtige Säule in der Daseinsvorsorge.

Insgesamt rd. 54.000 Beschäftigte gewährleisten eine qualitativ hochwertige und
wohnnortnahe Versorgung der Patientinnen und Patienten rund um die Uhr an 365
Tagen im Jahr.

Darüber hinaus sind die Krankenhäuser Wirtschaftsbetriebe, an die auch die
Erwartung

gerichtet wird, dass sie effizient mit den zur Verfügung gestellten Betriebsmitteln
umgehen. Sie sind einer der größten Arbeitgeber im Land (in manchen Regionen
sogar der größte) und sorgen für Ausbildung sowie die Fort- und die Weiterbildung
ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Von der Aus- und Weiterbildung der Ärzte und
Pflegekräfte profitieren darüber hinaus auch andere Bereiche des
Gesundheitswesens (z.B. der Pflegebereich nach SGB XI).

Statement der KGRP für die Pressekonferenz am 09.09.2008
Sperrfrist: 09.09.2008; 11.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort !

Gründe und Folgen der Unterfinanzierung der Krankenhäuser

Anders als die meisten anderen (auch öffentlichen) Wirtschaftsbetriebe konnten die Krankenhäuser in der Vergangenheit ihre Kostensteigerungen nicht an ihre Benutzer, also die Patientinnen und Patienten, weitergeben. Die Preise für Krankenhausbehandlung sind gesetzlich reguliert. Sie dürfen maximal um die so genannte Grundlohnrate, d.h. die Veränderung der Einnahmen der gesetzlichen Krankenkassen, angehoben werden (sog. Budgetdeckelung)

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser ist schon seit Jahren durch eine anhaltende Unterfinanzierung der Betriebs- und Investitionskosten gekennzeichnet. Diese Entwicklung kann insbesondere an der sog. Personalkostenschere abgelesen werden: Seit Beginn der Budgetdeckelung im Jahr 1992 bis zum Jahr 2007 sind allein die Personalkosten im Krankenhaus um 34,89 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum wurden die Krankenhausbudgets nur um 20,39 % gesteigert. Bereits im Jahr 2007 bestand somit eine Deckungslücke in Höhe von 14,5 %. Dies entspricht bei einem rheinland-pfälzischen Krankenhaus mittlerer Größe einem Betrag von ca. 1,8 Mio. Euro.

Darauf mussten die Krankenhäuser reagieren. Die Wirtschaftlichkeitsreserven der Krankenhäuser sind seit Jahren mehr als ausgeschöpft. Es musste Personal abgebaut und auch die Arbeitsprozesse verdichtet werden, was sich in der deutlichen Verringerung der Verweildauer im Vergleich zu den neunziger Jahren zeigt. Mit weniger Personal werden heute wesentlich mehr und kränkere Patienten versorgt. Aufgrund der sich verändernden Altersstruktur in der Gesellschaft werden in den Kliniken zudem zunehmend ältere Menschen mit Mehrfacherkrankungen behandelt. Durch das große Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kliniken konnten trotz des Personalabbaus bisher gravierende Einschnitte in der Qualität der Patientenversorgung vermieden werden – allerdings oftmals auf dem Rücken der Mitarbeiter.

Statement der KGRP für die Pressekonferenz am 09.09.2008
Sperrfrist: 09.09.2008; 11.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort !

Aktuelle Situation der Kliniken in Rheinland-Pfalz

Allein in den Jahren 2008 und 2009 werden die Personalkosten in den Krankenhäusern aufgrund der vereinbarten bzw. schon absehbaren Tarifikostenerhöhungen um 8 % steigen. Hinzu kommen Kostensteigerungen für fast alle Sachmittel (insbesondere im Energiebereich, bei den Lebensmitteln sowie die Mehrwertsteuererhöhung) inzwischen in ähnlicher Größenordnung. Alleine daraus ergibt sich eine zusätzliche Kostenbelastung für die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz in Höhe von bis zu **200 Mio. Euro** in den Jahren 2008 und 2009. Dem stehen nur Budgetzuwächse von ca. **51,5 Mio. Euro** gegenüber

Damit ergibt sich für die Kliniken in Rheinland-Pfalz eine **weitere Deckungslücke zwischen Betriebskosten und Erlösen aus dem Krankenhausbetrieb allein in den Jahren 2008 und 2009 in Höhe von 148,5 Mio. Euro.**

Wird den Krankenhäusern nicht schnell geholfen, müssen sie darauf reagieren und weitere schmerzhaftes Einschnitte, vor allem im Personalbereich vornehmen. Krankenhäuser sind Dienstleistungsunternehmen, d.h. das qualifizierte Personal ist die wichtigste Ressource in der Versorgung der Patienten. Ein weiterer Personalabbau gefährdet deshalb die Qualität der Krankenhausversorgung empfindlich.

Gut versorgte Patienten brauchen zufriedenes und angemessen entlohntes Personal. Im Interesse der Patienten darf es nicht zu einem weiteren Personalabbau kommen.

Statement der KGRP für die Pressekonferenz am 09.09.2008
Sperrfrist: 09.09.2008; 11.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort !

Was muss die Politik ändern ?

Nach § 1 KHG (Krankenhausfinanzierungsgesetz) ist die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser gesetzlicher Auftrag, den die politisch Verantwortlichen zu erfüllen haben.

Diese politisch Verantwortlichen können es sich nicht leisten, die Unterfinanzierung der Krankenhäuser auf dem Rücken der Mitarbeiter und zu Lasten der Patienten und der Bevölkerung aufrecht zu erhalten.

Noch kann die Politik für eine sachgerechte Finanzierung der Krankenhäuser die richtigen Weichen stellen. Im Einzelnen kann sie:

- die Budgetdeckelung aufheben,
- den Sanierungsbeitrag sofort stoppen,
- die Tarifierhöhungen für 2008 und 2009 voll refinanzieren,
- einen Ausgleich für steigende Energie- und Sachkosten schaffen,
- den Investitionsstau beseitigen.

Ein breites Aktionsbündnis auf Bundesebene sowie auch in Rheinland-Pfalz fordert daher die politisch Verantwortlichen auf, sich dafür einzusetzen und für entsprechende gesetzliche Regelungen die Initiative zu ergreifen.

Der gesamtgesellschaftlich überaus wünschenswerte medizinische Fortschritt darf nicht durch eine fortgesetzte Unterfinanzierung der Krankenhäuser gefährdet werden.

Nur durch eine anhaltende Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in den Kliniken kann die flächendeckende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der Menschen auch zukünftig sichergestellt werden.

Statement der KGRP für die Pressekonferenz am 09.09.2008
Sperrfrist: 09.09.2008; 11.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort !

Mit unseren Forderungen nach einer nachhaltigen Reform der Krankenhausfinanzierung befinden wir uns im Konsens mit der rheinland-pfälzischen Gesundheitsministerin Malu Dreyer, die in einer Pressemitteilung am 28. Juli 2008 betont hat, dass die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser nicht nur kurzfristig gestärkt werden muss, sondern dauerhaft. Andernfalls würden auch Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz Gefahr laufen, in eine wirtschaftliche Schieflage zu geraten. Die Ministerin betonte, dass der Bund und die Länder eine Finanzverantwortung für leistungsfähige Krankenhäuser und für gute Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in den Kliniken haben.

Statement zur Pressekonferenz

„Rettung der Krankenhäuser – Der Deckel muss weg“

Dienstag, 9. September 2008

Der Deckel auf der Krankenhausfinanzierung muss weg, weil er den Kliniken wie eine riesige bleierne Grabplatte die Luft zum Atmen abdrückt. Noch haben wir eines der effektivsten und wirtschaftlichsten Krankenhaussysteme der Welt. Kaum irgendwo hat, und das ist für uns Gewerkschafter besonders wichtig, so ein großer Teil der Bevölkerung mit bezahlbarem Aufwand Zugang zu einer solchen medizinischen Versorgung.

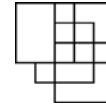
Dieser Standard wird seit Jahren zunehmend auf dem Rücken der Beschäftigten gehalten. Das kann so nicht mehr weiter gehen. Es droht Gefahr für die Beschäftigten. Ausgerechnet im Gesundheitswesen müssen sie hochgradig belastende Arbeit verrichten, die jetzt auch noch durch Personalknappheit, durch Überstunden und Sonderschichten ihr Privatleben auffrisst. Es droht Gefahr für die Patientinnen und Patienten, die sich, sollte der Deckel bleiben, in schwieriger Situation kein Vertrauen haben können, wo es doch so dringend nötig ist.

ver.di Rheinland-Pfalz spricht für 10.000 Beschäftigte im Gesundheitswesen des Landes und vertritt knapp 100.000 potentielle Patienten. Da liegt es auf der Hand, dass wir eine der treibenden Kräfte in dieser Kampagne sind. Es ist gut, dass alle Beteiligten in einem Boot sitzen und auch noch in die selbe Richtung rudern.

Die Richtung ist erst einmal nach Berlin. Spätestens am 25. September werden die Entscheidungsträger sehen, dass es ernst ist. Schon jetzt hat die Kampagne Wirkung gezeigt, wie keine Aktion im Gesundheitswesen zuvor. Den vorliegenden Entwurf zur Krankenhausfinanzierung KHRG gäbe es nicht, wenn den Verantwortlichen nicht klar wäre, dass nahezu alle Beteiligten zusammenstehen. Aber der Entwurf ist in vielen wichtigen Punkten nicht ausreichend und es gibt immer noch zu viele, die glauben, der Sturm aus den Kliniken würde sich legen, wenn man Pflästerchen klebt.

Darum ist jetzt noch einmal eine zusätzliche Kraftanstrengung nötig. Wir werden den Deckel abwerfen und wir werden es jetzt tun, weil es keine Zeit zu verlieren gilt.

Jürgen Dehnert



dbb Statement zum Aktionsbündnis Rheinland-Pfalz
Rettung der Krankenhäuser

Uli Silberbach: Flächendeckende Versorgung nicht gefährden

„Die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz brauchen eine nachhaltige und solide Finanzierung. Sonst werden sie künftig nicht mehr in der Lage sein, die ihnen anvertrauten Patienten zuverlässig und in bester Qualität versorgen zu können.“ Das sagte Uli Silberbach, stellvertretender Vorsitzender der dbb tarifunion, anlässlich einer Pressekonferenz des Aktionsbündnisses Rheinland-Pfalz zur Rettung der Krankenhäuser am 9. September 2008 in Mainz. „Deshalb muss die Politik jetzt handeln: Schluss mit den anhaltenden Einsparungen, weg mit dem Deckel auf den Krankenhausbudgets! Kranke Menschen müssen sich auch weiterhin auf eine flächendeckende, gute Versorgung durch die Kliniken in Rheinland-Pfalz verlassen können.“

Der dbb beamtenbund und tarifunion habe sich deshalb im Aktionsbündnis Rheinland-Pfalz mit Verbänden der Krankenhausträger und Mitarbeiter-Organisationen zusammengeschlossen. „Die Mitarbeiter und Auszubildenden in den über 100 Krankenhäusern des Landes haben Anspruch auf angemessene Bezahlung“, so Silberbach. Durch fortschreitenden Personalabbau hätten Ärzte und Pflegekräfte immer mehr Patienten - und immer weniger Zeit für deren Betreuung. Das medizinisch Mögliche könne nicht mehr gewährleistet werden. Steigende Belegungszahlen, Einschränkungen in der Pflege, längere Wartezeiten für Operationen und schlechter gewartete Ausrüstung seien die Folgen. „So kann es nicht weitergehen“, sagte Silberbach. „Deshalb fordern wir die verantwortlichen Politiker auf: Sorgen Sie endlich für gesetzliche Regelungen, die den Krankenhäusern langfristige finanzielle Perspektiven geben.“

Die Aktionen in Rheinland-Pfalz sind Teil einer bundesweiten Kampagne, deren Höhepunkt eine Großdemonstration am 25. September 2008 am Brandenburger Tor in Berlin sein wird, zu der die Veranstalter 100.000 Menschen erwarten.

pressediens



Pressemitteilung

DKG zum angekündigten 3 Mrd. Euro Hilfsprogramm für die Krankenhäuser

Kliniken lassen sich nicht abspeisen

Berlin, 8. September 2008 – Zur Ankündigung des Bundesgesundheitsministeriums, für die Kliniken ein Hilfsprogramm in Höhe von 3 Mrd. Euro aufzulegen, erklärt der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Georg Baum:

„Wenn die Politik von einem Hilfsprogramm für die Krankenhäuser in Höhe von 3 Mrd. Euro spricht, dann ist das eine Mogelpackung. Denn in diese angekündigten 3 Mrd. Euro werden die den Krankenhäusern ohnehin gesetzlich zustehenden Vergütungszuwächse hineingerechnet. Auf Grund der für das nächste Jahr vorgesehenen Grundlohnratenerhöhung von ca. 1,4 Prozent entfallen alleine ca. 750 Mio. Euro auf diese, den Kliniken zustehenden finanziellen Mittel. Es ist auch nicht akzeptabel, dass den Kliniken der Wegfall des Sanierungsbeitrages in Höhe von jährlich 230 Mio. Euro als Einnahmezuwachs angerechnet wird. Zudem ist die Einrechnung des angekündigten finanziellen Hilfsprogramms für die Pflege auch nur eine scheinbare Erhöhung des Hilfsvolumens für die Krankenhäuser. Denn den Kliniken werden nur 50 Prozent der anfallenden Kosten erstattet, so dass gleichzeitig 50 Prozent ungedeckte Kosten entstehen.

Es ist auch eine Tatsache, dass die Krankenhäuser allein in Folge der Tariflohnabschlüsse für die Jahre 2008/2009 eine Deckungslücke (nach Abzug der Grundlohnrate) von über 3 Mrd. Euro zu verbuchen haben. Durch die gestiegenen Energie- und Sachkosten entsteht den Kliniken noch einmal die gleiche milliardenschwere Deckungslücke.

Im Ergebnis werden aus den politisch diskutierten 3. Mrd. Euro für die Kliniken zusätzliche finanzielle Mittel von weniger als 1,5 Mrd. Euro. Die Überbrückung der ca. 7 Mrd. Euro großen Finanzierungslücke der Kliniken ist damit nur als ansatzweise und unzureichend zu beschreiben.

KONTAKT:
DKG-PRESSESTELLE

Moritz Quiske (Ltg.)
Tel. (0 30) 3 98 01 – 10 20

Holger Mages
Tel. (0 30) 3 98 01 – 10 22

Daniel Wosnitzka
Tel. (0 30) 3 98 01 – 10 23

Sekretariat
Stephanie Lemm
Tel. (0 30) 3 98 01 – 10 21

Fax (0 30) 3 98 01 – 30 21

Wegelystraße 3
10623 Berlin

E-Mail: pressestelle@dkgev.de
Web: www.dkgev.de

Unzutreffend ist außerdem die Rechnung, die finanziellen Mittel für die Krankenhäuser bedeuteten einen Anstieg des GKV-Beitragsatzes um 0,3 Prozent. Hier wird offensichtlich übersehen, dass die Krankenkassen in 2009 von den um ca. 3 Prozent angestiegenen Löhnen Beiträge schöpfen, mit denen alleine schon zusätzliche Mittel für die Kliniken zur Verfügung stehen, ohne dass die Beiträge erhöht werden müssten.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundespolitik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 2.104 Krankenhäuser versorgen jährlich über 16,8 Mio. Patienten mit 1,1 Mio. Mitarbeitern. Bei 60,4 Mrd. Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.

Statement zur PK des Aktionsbündnisses RLP Der Verwaltungsdirektor

Anlässlich der Pressekonferenz des Aktionsbündnisses Rheinland-Pfalz zur Kampagne „Der Deckel muss weg!“ am 09. September 2008 in Mainz äußert sich der Verwaltungsdirektor des Klinikums der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Norbert Finke, wie folgt:

Das Klinikum der Johannes Gutenberg-Universität Mainz hat eine bedeutende Rolle

- in der überregionalen medizinischen Krankenversorgung
 - stationäre maximale Krankenversorgung auf höchstem internationalen Niveau für rund 62.000 Patienten
- als Arbeitgeber
 - soziale Verantwortung für die Beschäftigung von rund 6.000 Mitarbeitern
 - Vorhaltung hoch spezialisierter Arbeitsplätze in der „Wachstumsbranche Gesundheit“
- in der biomedizinischen Grundlagen- und Anwendungsforschung
 - international renommierte Schwerpunkte
 - ca. 800 geförderte Maßnahmen mit einem Gesamtetat (Zuführungen und Drittmittel) von mehr als 70 Mio. Euro
- als Ausbildungsstätte
 - Ausbildung von mehr als 3.500 Studierenden in den Fächern Medizin und Zahnmedizin
 - jährlich mehr als 400 abgeschlossene ärztliche Weiterbildungen
 - Ausbildung für 600 Auszubildende in zahlreichen Berufen
 - zahlreiche Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Wir, die Krankenhäuser, haben nicht die Möglichkeit wie Betriebe anderer Branchen eine marktbezogene Preisgestaltung vorzunehmen und Personal wie Sachkostensteigerungen an die Nachfrager (Krankenkassen/Patienten) weiterzugeben. Beispielsweise ist es der Bahn mit deutlicher ministerieller Unterstützung gelungen, ihre Tarif- und Energiepreissteigerungen über zweimalige Preissteigerungen in 2007 an ihre Kunden weiter zu geben.

Vereinbarte Tarifsteigerungen wie auch diktierte Energiepreiserhöhungen, Sanierungsbeiträge und die Mehrwertsteuererhöhung sind Kostensteigerungen, die mit betriebswirtschaftlichen Methoden nicht steuerbar und beeinflussbar sind – diese Kostensteigerungen müssen zwingend durch eine neue Systematik der Kranken-

hausfinanzierung künftig abgedeckt werden. Eine Finanzierung bzw. Teilfinanzierung der Lohn- und Gehaltssteigerungen löst die Scherenproblematik der vergangenen 15 Jahre (schneller steigende Kosten als Einnahmen) bei weitem nicht.

Denkbar und vorzuschlagen ist hier beispielsweise die Entwicklung eines eigenen Krankenhauspreisindex, der an Stelle der Grundlohnrate tritt und die Kostensteigerungen im Krankenhausbereich – zumindest in Bezug auf die Refinanzierung betriebswirtschaftlich nicht steuerbarer Kostensteigerungen – zur Abdeckung bringt.

Wenn man hier seitens der Gesundheitspolitik grundlegend Verbesserungen herbeiführen will, muss man auch die Basisfallwerte der letzten beiden Jahre rückwirkend um alle Kostensteigerungen anheben. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die hohen Tarifabschlüsse der Jahre 2007 und 2008, die Mehrwertsteuererhöhung und den Sanierungsbeitrag.

Wir wollen nicht länger die medizinische Leistungsfähigkeit unseres Universitätsklinikums durch eine von Jahr zu Jahr weiter bestehende chronische Unterfinanzierung bedroht sehen und gefährden.

Unser Klinikum ist eine multifunktionale Einrichtung, die vielfältigste medizinische und pflegerische Dienstleistungen für ein breites Patientenspektrum mit unterschiedlichsten Erkrankungen sicherstellt. Vielfach begleiten wir Patienten über viele ihrer Lebensabschnitte von Kindesbeinen an bis ins hohe Alter.

Unsere Patienten werden sich in den meisten Fällen mit der sorgenvollen Frage beschäftigen, welche Leistungen sie auch in der Zukunft in unserem Klinikum bekommen können und in welchem Umfang sie an neuen klinischen Entwicklungen bzw. Innovationen, die sich aus unseren Forschungsinitiativen ergeben, teilhaben können.

Wir sehen dringenden Handlungsbedarf in den nachstehenden Feldern:

- Aufhebung des Budgetdeckels: Die Scherenproblematik muss durch die Refinanzierung betriebswirtschaftlich nicht steuerbarer Kostensteigerungen gelöst werden.
- Die Investitionsquote muss für alle Krankenhäuser auf mindestens 12 Prozent vom Umsatz angehoben werden.
- Die Universitätsklinika müssen bei der Reform der Investitionsfinanzierung nach Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) mit einbezogen werden.
- Eine adäquate Vergütung für besonders teure und innovative Leistungen, die im DRG-System nicht angemessen finanziert werden, muss gewährleistet sein.
- Die Einführung von Selektivverträgen durch die Krankenkassen lehnen wir ab - vielmehr sollte die Krankenhausplanung methodisch und institutionell weiterentwickelt werden (Planungspartnerschaft der einzelnen Länder und der Krankenkassen).

Norbert Finke, Verwaltungsdirektor des Klinikums der Johannes Gutenberg-Universität Mainz